Jürgen Osterhammel

China vor 1949: Widerständigkeit und selektive Übernahmen

I.

Die Verhältnisse in China sind schwieriger zu überschauen als die in nicht-kolonisierten Ländern wie Japan, Siam, der Türkei oder auch Mexiko (vor und nach dem Revolutionsjahrzehnt 1910–20), in denen sich nationale „Projekte“ des modernisierenden Staatsaufbaus durchsetzten. Wegen dieser Unübersichtlichkeit mag es ratsam sein, den Gedankengang dieses Aufsatzes vorweg zusammenfassend zu skizzieren.

China hat der Ausbreitung des europäischen Staates größeren Widerstand entgegengesetzt als andere Zivilisationen und politische Räume der Alten Welt. Das chinesische Kernland wurde niemals europäischer Kolonialherrschaft unterworfen. Nur in städtischen Küstenenklaven wie Hongkong und dem Zentrum von Shanghai, die unter ausländische Herrschaft fielen, bestanden Voraussetzungen für eine koloniale Übertragung westlicher Staatsformen. Hier wurde jedoch keine koloniale Bürokratie „indischen“ Typs geschaffen, sondern unter autokratischen oder oligarchischen Regierungsformen nur der Rahmen für eine rechtsstaatlich geschützte Öffentlichkeit abgesteckt. Daher konnten von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Wiederherstellung der chinesischen Souveränität über Hongkong im Jahre 1997 Kritiker des jeweiligen autoritären Regimes in China die Kronkolonie und (bis 1941) auch die Internationale Niederlassung zu Shanghai als Basen für den privaten Import von reformistischen oder gar revolutionären Programmen und Gesinnungen nutzen. Der *politische* Transfereffekt der kolonialen Randpräsenz der Europäer in China hat die politische Kultur Chinas daher in einem traditionskritischen, verändernden Sinne beeinflusst. Ohne die Existenz von Schutzzonen politischer Dissidenz außerhalb der Reichweite des chinesischen Staates wäre die politische Modernisierung Chinas vermutlich (noch) langsamer vorangekommen, als dies der Fall war.

Im nichtkolonisierten chinesischen Kernland behauptete sich eine Staatstradition, die die langlebigste und erfolgreichste der Welt war. Bis zum heutigen Tage verteidigt die Regierung in Peking im wesentlichen jene Außengrenzen, die das 221 v. Chr. geschaffene dynastische Großreich auf dem Höhepunkt seiner Macht-

entfaltung erreicht hatte. Das politische System dieses Reiches, das heißt die zentralisierte, bürokratische Universalmonarchie (*junxian*), in der das etwa für Japan charakteristische Feudalprinzip (*fengjian*) keine Rolle spielte, erhielt unter der Song-Dynastie (960–1279) seine endgültige Form. Es bestand bis 1911, als an seine Stelle eine politisch nur schwach integrierte Republik trat. Durch inneren Verfall und die Aggression der Großmächte seit dem Opiumkrieg von 1839–42 geriet das kaiserliche System im 19. Jahrhundert in eine schwere Krise, blieb aber stark und selbstbezogen genug, um westlichen Staatsmodellen, die ihm energisch nahegebracht wurden, so wenig wie möglich entgegenzukommen. Eine umfassende Selbstmodernisierung durch eine vorausschauende Machtelite, wie sie gleichzeitig in Japan erfolgte, blieb im China des 19. Jahrhunderts aus. Von einer Ausbreitung des europäischen Staates nach China kann vor der Jahrhundertwende nicht gesprochen werden. Damit steht China in einem extremen Kontrast zu den drei anderen politischen Großräumen Asiens: Indien, dem (mit Ausnahme Siams) vollständig kolonisierten Südostasien und Japan.

Erst die Niederlage im Krieg gegen den aufstrebenden japanischen Machtstaat (1895) und die militärische Intervention der vereinigten Großmächte gegen den fremdenfeindlichen Boxeraufstand (1900) schufen die äußeren Voraussetzungen für den Kollaps der mandschurischen Qing-Dynastie und damit des bürokratisch-zentralistischen Einheitsstaates überhaupt. Es ist von größter Bedeutung, daß die Dynastie zwischen 1901 und 1910 ein Reformprogramm entwarf und teilweise sogar verwirklichte, das alle früheren Ansätze einer Modernisierung des antiquierten politischen Systems weit in den Schatten stellte. Diese Neue Politik (*xinzheng*) der allerspätesten Qing-Zeit konnte zwar die Dynastie nicht retten; sie provozierte durch ihre Radikalität sogar Gegenkräfte, die unter der Parole der Selbstregierung (*zizhi*) provinzieller Honoratiorengruppen maßgebend zum Sturz des Kaisertums beitrugen. Indessen setzte sie – und darin liegt ihre außerordentliche Wichtigkeit – Ziele auf die historische Tagesordnung, die von allen späteren Reformern bis hin zu Deng Xiaoping und zur Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), die auf ihn folgte, verbindlich blieben.

Die tatsächliche Übernahme europäischen Organisationswissens im Zuge der Neuen Politik beschränkte sich auf den Aufbau moderner Armee-Einheiten. Sie erfolgte unter Mitwirkung japanischer Instruktoren, die wiederum manche der zuvor im eigenen Lande erfolgreich angewandten Prinzipien preußischer Heeresorganisation auf dem Kontinent einführten. Die zweite folgenreiche Reform war die Abschaffung des tausend Jahre alten Systems der staatlichen Beamtenprüfungen im Jahre 1905. Damit entfielen sowohl ein stabiler Karrierenexus zwischen der ländlichen bzw. städtischen Oberschicht und dem Zentralstaat als auch die Grundprinzipien der entwickelten Patrimonialbürokratie chinesischen Typs: die formale Rationalität ihrer Rekrutierung und die aufs äußerste gesteigerte kulturelle Homogenität ihres Personals. In den Jahren etwa zwischen 1905 und 1912 desintegrierte das kunstvollste und komplexeste Staatsgebilde der vormodernen Weltgeschichte in der Vertikalen wie in der Horizontalen. Vertikal zerbrach die durch bürokratische Bereicherungs- und Statuschancen vermittelte Allianz zwi-

schen der gesellschaftlichen Elite und dem zentralen Staat. Horizontal gab es nun keinen reichs- oder landesweiten administrativen Apparat mehr. Das Militär taugte nicht als einheitsstiftender Faktor, da es auf provinzieller Grundlage organisiert war.

An die Stelle des plötzlich verschwundenen kaiserlichen Staates trat kein von außen importiertes neues Staatsmodell. Eine neo-imperiale diktatorische Re-Integration in den Jahren 1912 bis 1916 durch den Präsidenten Yuan Shikai, die gewisse Anleihen bei westlichen Bürokratiekonzepten machte, blieb ohne regionale Verwurzelung und Loyalitätsgrundlage und schlug bald fehl. Weder in der späten Kaiserzeit noch in der frühen Republik gelang ein konvergenter Institutionenaufbau, wie er sich in Meiji-Japan oder nahezu gleichzeitig in der Türkischen Republik als dem wichtigsten Nachfolgerstaat des Osmanischen Reiches beobachten läßt. Die konstitutionell geschaffenen Staatsorgane der Chinesischen Republik taugen nicht als Beweise für den Import des europäischen Staates. Sie blieben bis zum Ende der republikanischen Ära 1949 wenig mehr als eine Fassade für die Realitäten militärischer Willkürherrschaft: zwischen 1916 und 1928 in einem Konkurrenzsystem von Quasi-Staaten unter „Warlord“-Kontrolle, zwischen 1928 und 1937 in einem hegemonialen System, das zunehmend von dem nationalistischen „Generalissimus“ Chiang Kai-shek dominiert wurde, zwischen 1937 und 1949 unter Bedingungen von Krieg und Bürgerkrieg. Es hat in China vor 1949, so kann man summarisch sagen, keinen systemprägenden Einfluß europäischer Staatsformen gegeben. Auch die Versuche der von Chiang Kai-shek geführten Monopartei Guomindang, zwischen 1928 und 1937 Teile der zentralen Staatsverwaltung ausdrücklich nach westlichen Vorbildern zu modernisieren, können nicht als Ausnahme von dieser Regel gelten. Sie blieben begrenzt und ohne Ausstrahlung auf eine keineswegs anstaltsstaatlich durchrationalisierte Umgebung. Nach 1937 wurden alle diese Partialbürokratisierungen von einer selbstzerstörerischen Korruption erfaßt. Am Vorabend der kommunistischen Machtübernahme konnte von geordneter Staatlichkeit im Kontrollbereich der Guomindang keine Rede mehr sein.

Während die Übertragung europäischer *Staatsmodelle* nach China ohne einen nennenswerten Einfluß auf den Verlauf der Geschichte des Landes blieb, waren der Transfer eines posttraditionalen *Politikverständnisses* sowie eines außer- oder gar antistaatlichen *Organisationswissens* von großer Bedeutung. Das wichtigste politische Exportprodukt von Europa nach China war die leninistische Kaderpartei.

II.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts fehlte den Chinesen jeder Anlaß, sich mit dem europäischen Staat auseinanderzusetzen. Anders als den Osmanen und den Indern begegnete er ihnen nicht als militärischer Gegner. Bis 1839, als im Spätsommer der Opiumkrieg begann, wurde kein Krieg zwischen China und einer europäischen Macht geführt. Die einzigen konflikträchtigen Beziehungen, die zum

Zarenreich in Nordasien, konnten durch staatskluges Verhalten beider Seiten dauerhaft friedlich gestaltet werden. Anders als zum Beispiel Osmanen und Siamesen entsandten die Chinesen keine Diplomaten und Kundschafter in europäische Hauptstädte (abgesehen von St. Petersburg). Die Jesuitenmissionare und die zwölf Gesandtschaften europäischer Staaten, die im 17. und 18. Jahrhundert im Reich der Mitte erschienen, vermittelten nur ungefähre Vorstellungen von den politischen Verhältnissen im Westen der Alten Welt. Was man erfuhr, erschien als nicht besonders attraktiv; es illustrierte die seltsamen Gewohnheiten der Barbaren. Vor allem fiel auf, daß Europa – im Gegensatz zum chinesischen Reich – ein zerrissener Kontinent war, in dem es keinem Friedensstifter gelungen war, eine solche pazifizierende Autorität zu erlangen, wie sie der chinesische Kaiser besaß. Zwischen den Europäern herrschte ein primitiver Dauerkampf – wie unter den Barbaren jenseits der Peripherie des Reiches. Auch hörte man aus Europa Merkwürdigkeiten wie die, daß Könige sich mit den Großen ihres Reiches arrangieren mußten, daß die Priester eine Art von eigener staatsähnlicher Korporation bildeten und daß es sogar – in den Niederlanden – ein Gemeinwesen ganz ohne Monarchen gab. Europa hielt für China keine politischen Lehren bereit.

Die chinesische Gleichgültigkeit gegenüber staatlichen Formen jenseits von *Tianxia* („Alles, was unter dem Himmel ist“) erklärt sich nicht allein aus Ethnozentrismus und Überlegenheitsphantasien. Selbst wenn man vor etwa 1780 offenen Sinnes von Europa hätte lernen wollen, hätte man dort wenige Hinweise darauf gefunden, daß Europäer Grundfragen von Staatsorganisation und Regierungskunst besser gelöst hätten als das chinesische Reich. Schon die ersten Berichte der Jesuiten, kurz nach 1600 erschienen, hatten die Vortrefflichkeit der chinesischen Staatseinrichtungen gelobt. Als 1735 die monumentale Chinaenzyklopädie von Pater Jean-Baptiste Du Halde erschien, die China als die Sphäre eines aufgeklärten Despotismus darstellte¹, war gerade der Yongzheng-Kaiser gestorben, eines der größten Verwaltungsgenies der Epoche. Die chinesische Staatsbürokratie hatte als Folge seiner Reformen ein Maximum an Leistungsfähigkeit erreicht². Auch wenn man – vor allem bei späteren Autoren wie Voltaire oder François Quesnay, die sich auf die Jesuitenberichte stützten – manche extreme Idealisierung in Rechnung stellen muß, so war das Chinalob der Aufklärung keineswegs jene weltfremde Übertreibung, als das es bis heute unter dem Eindruck negativer Urteile des 19. Jahrhunderts vielfach gilt³. Die Forschung der letzten zwanzig Jahre hat das Bild eines komplex organisierten und leistungsfähigen Staatsapparates bestätigt,

der im 18. Jahrhundert durchaus nicht dem Montesquieuschen Idealtyp einer alles beherrschenden, Strukturen zerstörenden und die politische Moral zersetzenden „orientalischen Despotie“ entsprach⁴. Einerlei, auf welchen soziologischen Begriff man ihn bringen will: Der vormoderne chinesische Staat konnte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nach den verschiedensten Staatszielbestimmungen – Sicherung innerer Stabilität und äußeren Friedens, ein Minimum an praktizierter Wohlfahrtsorientierung, symbolische Integration des „body politic“ – neben den Staatsapparaten des zeitgenössischen Europa durchaus bestehen. Hinzu kam der Test der Zeit. Das chinesische Einheitsreich war 221 v. Chr. gegründet worden. Von 1276 bis zur Gegenwart hat es, von der Klammer einer zentralisierten Verwaltung zusammengehalten, mit nur kurzzeitigen Unterbrechungen in Perioden des Übergangs als unitarischer Großstaat bestanden. Neben der Katholischen Kirche ist der chinesische Staat die langlebigste politische Makro-Organisation der Weltgeschichte.

Der chinesische Staat ist niemals in dem Sinne „zusammengebrochen“, wie man dies vom Moghul-Reich oder vom „gunpower empire“ der persischen Safawiden-Dynastie sagen kann. Ähnlich dem japanischen hat er sich in verschiedenen krisenhaften Übergängen transformierend erneuert. Er hat auch niemals den Übergang vom polyethnischen Großreich zum territorial kompakten Nationalstaat vollzogen, wie er in der Entwicklung vom Osmanischen Reich zur Türkischen Republik erfolgt ist. Die heutige Volksrepublik China ist nur unwesentlich kleiner als der Raum, den der Kaiser auf dem Höhepunkt der Qing-Dynastie, etwa um 1760, als sein *effektives* Herrschaftsgebiet beanspruchen konnte. Nach wie vor leben innerhalb der Reichs- bzw. Staatsgrenzen fremdethnische, d.h. nicht-han-chinesische Völker – heute „nationale Minderheiten“ genannt – in geschlossenen Wohngebieten. Sie machen knapp 6 Prozent der Bevölkerung aus und sind zugleich – anders als etwa die muslimischen Kurden in der Türkei – auch *religiöse* Minderheiten. Es gibt direkte Linien zwischen der Barbarenpolitik der Qing und der Minderheitenpolitik der Volksrepublik China. Das neuzeitliche China hat zwei große politische Regimewechsel erlebt – 1911 den Sturz der Monarchie und 1949 die Ablösung der Republik durch die kommunistische Volksrepublik –, aber mit der Ausnahme der staatlichen Selbständigkeit der Äußeren Mongolei keine langfristigen und gravierenden Beschränkungen seiner äußeren geographischen Form erlitten. Bereits um die Zeitenwende, unter der Han-Dynastie, waren die heute dicht besiedelten Kernlande in einem riesigen Gebiet von einer Erstreckung über etwa 22 Breitengrade staatlich vereint⁵.

Diese einzigartige Kontinuität der äußeren Form verband sich in kaum entwirrbarer Ursächlichkeit mit zwei weiteren Faktoren: einer ungeheuren kulturellen

¹ Jean-Baptiste Du Halde, *Description géographique, historique, chronologique, politique et physique de l'Empire de la Chine et de la Tartarie Chinoise*, 4 Bde. (Paris 1735).

² Vgl. Pei Huang, *Autocracy at Work. A Study of the Yung-cheng Period, 1723–1735* (Bloomington, London 1974); Silas H. L. Wu, *Communication and Imperial Control in China. Evolution of the Palace Memorial System, 1693–1735* (Cambridge, Mass. 1970); Beatrice S. Bartlett, *Monarchs and Ministers. The Great Council in Mid-Ch'ing China, 1723–1820* (Berkeley 1991).

³ Vgl. zum Chinabild des 18. Jahrhunderts: Jürgen Osterhammel, *Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert* (München 1998) besonders Kap. 10.

⁴ Vgl. zusammenfassend Susan Naquin, Evelyn S. Rawski, *Chinese Society in the Eighteenth Century* (New Haven, London 1987) 3–27.

⁵ Zur Ausdehnung des chinesischen Reiches in unterschiedlichen Epochen vgl. die vorzüglichen historischen Karten in: Patricia Buckley Ebrey, *China. Eine illustrierte Geschichte* (Frankfurt a.M., New York 1996) 65 (Han), 110 (Tang), 196 (Ming), 223 (Qing), 295 (VRCh).

Kohäsion des Han-Chinesentums⁶ und einer Kontinuität des Primats des Staatlichen vor allen anderen Lebensbereichen, selbst der Religion⁷. Eine solche Kombination hat China gegen äußere Einflüsse außerordentlich resistent gemacht. Jedoch greifen Auffassungen zu kurz, die im China Mao Zedongs oder selbst dem der gelockerten Parteidiktatur der 1980er und 1990er Jahre nichts als eine neo-imperiale Wiederauflage des sogenannten „alten“ China und in der chinesischen Geschichte nichts als die Tyrannei der Tradition sehen wollen⁸. Es hat in China ohne Zweifel seit dem späten 19. Jahrhundert eine Modernisierung von Lebensstilen und daneben und darüber hinaus eine in ihrer Wirkung revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung gegeben. Um die Mitte der 1950er Jahre war die „sozialistische Umgestaltung“ der chinesischen Gesellschaft fürs erste abgeschlossen. Was geschah in dieser Periode des Übergangs mit dem chinesischen Staat? Und in welcher Weise kann das, was mit ihm geschah, auf die „Ausbreitung des europäischen Staates“ zurückgeführt werden?⁹

Der am deutlichsten sichtbare Systemtransfer ist im allgemeinen der durch *koloniale* Herrschaft bewirkte. Nun ist China nur entlang seiner Peripherien kolonisiert worden. Hongkong wurde 1841 an Großbritannien abgetreten und bis 1997 als Kolonie der britischen Krone regiert. In Hongkong wurde kein Kolonialregime bestehenden politischen Formen übergestülpt. Vielmehr war Hongkong – bis 1898, als bäuerliche Gebiete angegliedert wurden – eine mobile, von Handel und Schifffahrt lebende Immigrantengesellschaft. Sie wurde von den britischen

Gouverneuren und ihren winzigen Stäben mit sanfter Autokratie regiert. Nahezu von Anfang an bediente man sich zur Kontrolle der chinesischen „coolie classes“ und zur Organisation elementarer Wohlfahrtsaufgaben der Hilfe einheimischer Honoratioren. Diese Zusammenarbeit – ein klassischer Fall von „empire on the cheap“ – blieb überwiegend informell und wurde erst spät und dann in geringem Umfang durch die Aufnahme einzelner Chinesen in koloniale Beratungsorgane formalisiert. Die Regierung Hongkongs blieb ein weniger als scheidemokratisches „Crown Colony government“ und wurde erst in letzter Stunde nennenswert partizipatorisch ausgeweitet; 1997 wurden diese Errungenschaften wieder zurückgenommen. Die große politische Bedeutung Hongkongs in der Geschichte Chinas liegt nicht in administrativer Modernisierung oder Demokratie, sondern in der Einführung von „rule of law“, von Rechtsstaat: also Garantie von Grundrechten, Unabhängigkeit der Justiz, Gleichheit aller vor dem Gesetz, prozeduraler Regelmäßigkeit, Appellationsrecht und unabhängiger Advokatur. Durch die Abschirmung elementarer Freiheitsräume von staatlichem Zugriff konnte Hongkong zur Schule chinesischer Politik und zur Basis für reformerische und revolutionäre Bestrebungen werden, die jenseits der Kolonialgrenze nicht geduldet wurden¹⁰.

Ähnliches gilt für die „Konzessionen“ und „Niederlassungen“ in einigen chinesischen Städten, den sogenannten „Treaty Ports“, in denen der chinesische Staat faktisch keine Hoheitsrechte ausüben konnte. Solche Enklaven oder Miniaturkolonien gab es in nennenswerter Größe nur in Kanton (Guangzhou), Hankou, Tianjin und vor allem in Shanghai. Unter diesen Laissez-faire-Systemen war Staatlichkeit noch schwächer ausgeprägt als in Hongkong. Die höchste Autorität war in der Regel ein Konsul mit seinem Büro. In der mit Abstand wichtigsten Enklave, der Internationalen Niederlassung in Shanghai, regierte ein souveräner Stadtrat als Ausschuss des internationalen Großkapitals. Der politische Transfer- und Schulumseffekt für Chinesen war hier gleich Null. Aber der Daseinsgrund dieser eigentümlichen Gebilde war die Schaffung exterritorialer Räume, in denen chinesisches Recht nicht galt und die chinesische Polizei nicht tätig werden konnte. Diese Privilegien erstreckten sich *volens nolens* auch auf die chinesische Bevölkerungsmehrheit. Die Niederlassungen und Konzessionen wurden so zu Schutzzonen politischer Dissidenz und zu Entstehungspunkten von kritischer Öffentlichkeit. Ihr Sonderstatus endete mit der Okkupation der verbliebenen Enklaven durch die japanische Armee in den Tagen nach Pearl Harbor¹¹.

⁶ Vgl. Lowell Dittmer, Samuel S. Kim (Hrsg.), *China's Quest for National Identity* (Ithaca, London 1993) bes. Kap. 1, 2, 4 und 5; zur kulturellen Identität der Chinesen über die chinesischen Staatsgrenzen hinaus: Tu Wei-ming, *Cultural China: The Periphery as the Center*, in: ders. (Hrsg.), *The Living Tree. The Changing Meaning of Being Chinese Today* (Stanford 1994) 1–34.

⁷ Vgl. Benjamin I. Schwartz, *The Primacy of the Political Order in East Asian Societies. Some Preliminary Generalization*, in: Stuart R. Schram (Hrsg.), *Foundations and Limits of State Power in China* (London, Hongkong 1987) 1–10. Als gute Übersicht über politische Herrschaft im China der Dynastien vgl. Jack L. Dull, *The Evolution of Government in China*, in: Paul S. Ropp (Hrsg.), *Heritage of China. Contemporary Perspectives on Chinese Civilization* (Berkeley, Los Angeles, Oxford 1990) 55–85; über das 18. und 19. Jahrhundert: Jürgen Osterhammel, *China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit* (München 1989) 69–85; S. E. Finer, *The History of Government from the Earliest Times*, Bd. 3 (Oxford 1997) 1129–61; Richard J. Smith, *China's Cultural Heritage. The Qing Dynasty, 1644–1912* (Boulder 1994) 41–67. Die beste formale Beschreibung der chinesischen Staatsorganisation vor 1911 findet sich bei Charles O. Hucker, *A Dictionary of Official Titles in Imperial China* (Stanford 1985) 3–96.

⁸ Etwa Fu Zhengyuan, *Autocratic Tradition and Chinese Politics* (Cambridge 1993); W. J. F. Jenner, *Chinas langer Weg in die Krise. Die Tyrannei der Geschichte* (Stuttgart 1993); weniger eindimensional: Zheng Chuxuan, *A Comparison between Western and Chinese Political Ideas. The Difference and Complementarity of the Liberal-Democratic and Moral-Despotic Traditions* (Lewiston, N.Y. 1995).

⁹ Methodisch bemerkenswert ist der Versuch der Verbindung von Staat, Gesellschaft und internationalem Umfeld bei der Erklärung der chinesischen Revolution in Theda Skocpol, *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia, and China* (Cambridge 1979).

¹⁰ Frank Welsh, *A History of Hong Kong* (London 1994); Steve Yui-sang Tsang, *A Modern History of Hongkong, 1841–1997* (London 1997); Tsai Yung-fang, *Hong Kong in Chinese History. Community and Social Unrest in the British Colony, 1842–1913* (New York 1993); Chan Wai Kuan, *The Making of Hong Kong Society. Three Studies of Class Formation in Early Hong Kong* (Oxford 1991); Chan Lau Kit-ching, *China, Britain and Hong Kong, 1895–1945* (Hongkong 1990).

¹¹ Aus einer immensen Literatur, besonders über Shanghai: F. C. Jones, *Shanghai and Tientsin, with Special Reference to British Interests* (London 1940); Nicholas A. Clifford, *Spoilt Children of Empire. Westerners in Shanghai and the Chinese Revolution of the 1920s* (Hannover, London 1991); Jürgen Osterhammel, *Shanghai, 30. Mai 1925. Die chinesische Revolution* (München 1997) 7–22, 60–101, künftig zitiert: Osterhammel, *Shanghai*. Zur Entstehung

Die mit Abstand wichtigste Kolonialmacht in China war Japan. Es kontrollierte von 1895 bis 1945 die reiche Insel Taiwan und zwischen 1905 und 1945 die Mandchurei zuerst teilweise und später vollständig. Hier – ebenso wie in Korea nach 1910 – etablierten die Japaner ein intensives Kolonialregime mit einem vergleichsweise hohen Anteil direkter Herrschaft. Seine Merkmale waren starke Präsenz aus der Metropole entsandter Verwaltungs- und Polizeikräfte, geringe Delegation von Befugnissen an einheimische Helfer, massive japanische Eingriffe in die einheimische Kultur, usw. Interessant wäre die Frage, ob und in welcher Weise sich in den japanischen Kolonialverwaltungen „westliche“ Elemente japanischer Staatlichkeit niederschlugen: entweder durch Übertragung aus dem Mutterland oder durch Imitation europäischer Kolonialsysteme. Die harsche japanische Kolonialpraxis in China steht jedenfalls in einem deutlichen Gegensatz zur liberalen britischen¹².

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Kolonialgebiete an Chinas Peripherie nicht zu Brückenköpfen der Diffusion des rationalen Anstaltsstaats europäischer Prägung wurden. Koloniale Modernität¹³ kam vorwiegend in der Einführung kapitalistischer Wirtschaftsformen zum Ausdruck, vor allem von Industrie und Finanzinstitutionen, sowie in den Effekten einer partiellen kulturellen Nischenverwestlichung. Die *politische* Innovation, die sie mit sich brachten, war praktizierter Liberalismus: „minimal government“ plus „rule of law“. Diese Prinzipien haben vor dem Beginn der Demokratisierung in Taiwan 1986 auf die staatliche Organisation Chinas keinen nennenswerten Einfluß ausgeübt.

III.

Die Niederlage Chinas im Opiumkrieg gegen Großbritannien führte nicht zu territorialer Kolonisierung indischen Typs, sondern zur – teilweise vertraglich vereinbarten – marginalen Ergänzung des hochkomplexen chinesischen Staatsapparates durch organisatorische Elemente europäischen Typs. Diese Institutionen waren von zweierlei Art. Es wurden Proto-Ministerien eingeführt, in denen sich zentralstaatliche Zuständigkeiten in einer für westliche Ausländer verständlichen Weise funktional bündeln ließen. So richtete die Qing-Dynastie 1861 unter dem

Druck der Westmächte, die bis dahin diplomatische Verhandlungen mit einer Kette von Provinzgouverneuren, Sonderkommissaren und Mitgliedern des kaiserlichen Hofstaates führen mußten, ein informelles Außenamt, das Zongli Yamen, ein¹⁴. Dies war die erste wichtige Neuerung in der zentralen Regierungsorganisation seit den 1720er Jahren. Das Zongli Yamen wurde allerdings erst 1901 zum Rang eines regulären Außenministeriums (Waijiaobu) erhoben. Weitere Reformen dieser Art ließen bis 1903 auf sich warten. Die Anverwandlung westlicher Modelle zentraler Regierungsorganisation blieb vor der Jahrhundertwende äußerst begrenzt.

Wesentlich wichtiger war die Herausbildung sino-westlicher Mischinstitutionen, allen voran des Seezollamts (Imperial Maritime Customs, IMC). Nach seinem Vorbild wurde nach der Jahrhundertwende auch die für die Erhebung indirekter Steuern hochbedeutende Salzbehörde reorganisiert¹⁵. Das Seezollamt gewann seine Gestalt, nachdem 1863 Sir Robert Hart, der einflußreichste Ausländer im China des 19. Jahrhunderts, an seine Spitze berufen worden war. Hart schuf eine Behörde, in welcher der bürokratischen Tradition Chinas eine „rationale“ Verwaltung nach dem Vorbild des Indian Civil Service eingepflanzt wurde. Das Seezollamt, das 1906 1345 Ausländer (diese in den leitenden Rängen) und 10625 Chinesen beschäftigte¹⁶, war ein Organ des chinesischen Staates, sein Leiter der in der kaiserlichen Rangordnung höchstplazierte Nicht-Chinese. Das Amt verlangte und erhob sämtliche Außen- und einen Teil der Binnenzölle; zu seinen Aufgaben gehörte außerdem der Ausbau von Häfen und Wasserstraßen sowie die Sammlung von Nachrichten über die wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Provinzen des Reiches. In Sir Robert Harts Sicht lag dieser neuartigen organisatorischen Symbiose eine natürliche Harmonie der Interessen zwischen dem chinesischen Zentralstaat und den imperialistischen Mächten zugrunde. Tatsächlich funktionierte das System bis mindestens 1895 in dem Sinne, daß sich die Zolleinnahmen Pekings vervielfachten und damit ein Regime gestützt wurde, an dessen Zusammenbruch keine der Großmächte, am wenigsten England und die USA, interessiert war. Nach 1895 zerbrach die Balance, und die IMC verwandelten sich in ein Instrument ausländischer Finanzkontrolle. Das Seezollamt war im 19. Jahrhundert das bemerkenswerteste Beispiel für den Transfer europäischen Verwaltungswissens nach China¹⁷.

einer politischen Öffentlichkeit in den kolonialen Enklaven vgl. u.a. *Rudolf G. Wagner*, The Role of the Foreign Community in the Chinese Public Sphere, in: *China Quarterly* 142 (Juni 1995) 423–43; *Joan Judge*, Print and Politics. „Shibao“ and the Culture of Reform in Late Qing China (Stanford 1996). Zur geistigen Atmosphäre in den Treaty Ports des 19. Jahrhunderts vgl. den guten Überblick bei *Jerome B. Grieder*, Intellectuals and the State in Modern China. A Narrative History (New York, London 1981) 84–110.

¹² Vgl. *Louise Young*, Imagined Empire. The Cultural Construction of Manchuria, in: *Peter Duus, Ramon H. Myers, Mark R. Peattie* (Hrsg.), The Japanese Wartime Empire, 1931–1945 (Princeton 1996) 71–96; *Murray Rubinstein* (Hrsg.), Taiwan: A History (Armonk, N.Y. 1997).

¹³ Vgl. *Tani E. Barlow* (Hrsg.), Formations of Colonial Modernity in East Asia (Durham, London 1997): ein Band, der für unser Thema wenig hergibt.

¹⁴ Vgl. *Masataka Banno*, China and the West, 1858–1861. The Origins of the Tsungli Yamen (Cambridge, Mass. 1964).

¹⁵ Vgl. *S. A. M. Adshead*, The Modernization of the Chinese Salt Administration, 1900–1920 (Cambridge, Mass. 1970).

¹⁶ *Hosea Ballou Morse*, The Trade and Administration of the Chinese Empire (Shanghai 1908) 363.

¹⁷ Vgl. *Stanley F. Wright*, Hart and the Chinese Customs (Belfast 1950); *Richard J. Smith, John K. Fairbank, Katherine F. Bruner*, Robert Hart in China's History, in: *dies.* (Hrsg.), Robert Hart and China's Early Modernization. His Journals, 1863–1866 (Cambridge, Mass. 1991) 1–46. Zur Tätigkeit der Behörde nach 1874 vgl. *John K. Fairbank, Martha Henderson Coolidge, Richard J. Smith, H. B. Morse*, Customs Commissioner and Historian of China (Lexington 1995).

Alle anderen Absichten, Pläne und Visionen, den industrialisierten Großmächten die Geheimnisse ihres Erfolges abzuschauen und diese für China zu nutzen, blieben im 19. Jahrhundert auf dem Papier. Dazu gehörten die Vorstellungen, die Hong Ren'gan, der letzte überlebende Führer der 1864 unterdrückten großen Taiping-Bewegung, von einer Modernisierung des chinesischen Staates entwickelte¹⁸. Hong wich dabei von der Haupttendenz der Bewegung ab, die auf einen archaischen, also das Vorbild des chinesischen Altertums beschwörenden Agraregalitarismus hinauslief. Hong's weitblickende Entwürfe, das umfassendste Reformprogramm für China vor 1898, gingen in der blutigen Apokalypse der Taiping zugrunde. Sie fanden Unterstützung weder bei den anderen Führern der Bewegung noch bei den Westmächten, denen Hong erstaunlich weit entgegenkam. Die weit weniger radikalen Reformen, mit denen die knapp siegreiche Qing-Dynastie nach 1860 auf das Zusammentreffen von innerer und äußerer Bedrohung reagierte, sparten, abgesehen von der Förderung des Seezollamtes, die binnenstaatliche Sphäre aus und beschränkten sich auf Militär, Wirtschaft, Technologie und Erziehungswesen. Es gab auch nicht spurenweise jene Verbindung von Staats- und Nationsbildung, die nach 1868 in Japan in die Tat umgesetzt wurde. Bestenfalls kam es zu Versuchen zur Effektivierung der bestehenden Institutionen, deren Form, Reichweite und Legitimationsgrundlage nicht angetastet wurden¹⁹.

Noch Hong Ren'gan hatte nur die vagesten Vorstellungen von Europa und Amerika. Die Öffnung der chinesischen Gelehrtenwelt zum Ausland begann zaghaft mit einigen Autoren der 1840er Jahre²⁰. Die erste inoffizielle Erkundungsmission nach Übersee, bei weitem bescheidener angelegt als die japanischen Missionen nach 1860, wurde 1866 entsandt, der erste ständige diplomatische Vertreter 1877 in London akkreditiert²¹. Weniger aus der Kenntnis des Westens, die über Hongkong und Shanghai ins Reich der Mitte eindrang, als aus einer erneuerten Tradition des Reformkonfuzianismus waren die Vorschläge für ein vorsichtiges Abrücken von der Autokratie alten Stils geschöpft, für die 1898 die Gelehrten Kang Youwei und Liang Qichao den jungen Kaiser zu gewinnen vermochten. Ein

Putsch konservativer Hofkreise setzte diesem Experiment der „Hundert Tage“ ein jähes Ende²².

Die großen Texte der europäischen politischen Philosophie wurden erst um die Jahrhundertwende in chinesischen Übersetzungen, die meist kreative Anverwandlungen waren, bekannt: Adam Smiths „Wealth of Nations“ 1901/2, John Stuart Mills „On Liberty“ 1903, Montesquieus „De l'Esprit des lois“ 1904–1909. Wie sie gelesen und verstanden wurden und wie sie gewirkt haben, ist kaum untersucht worden²³. So etwas wie einen *organisierten* Liberalismus haben sie jedenfalls nicht hervorgebracht.

IV.

Fast noch wichtiger als literarische Inspirationen wurden nach der Jahrhundertwende beobachtete Vorbilder. An Hongkong beeindruckte manche die Liberalität der politischen Verhältnisse, an Japan, dem mit Abstand attraktivsten Modell, das Tausende von Studenten und Exilanten aus erster Hand kennenlernten, der Erfolg eines radikalen Umbaus der Institutionen. Meiji-Japan schien China den Weg zur Erfüllung jener Ziele zu weisen, die *alle* Richtungen des nun entstehenden chinesischen Nationalismus ebenso anstrebten, wie sie schon die Meiji-Oligarchen geprägt hatten: das eigene Land aus einer Position der Schwäche im Weltsystem heraus reich und stark zu machen. Die Forschung hat die Reformen der Jahre 1901 bis 1910, mit denen die Qing-Dynastie auf die Katastrophe des Boxerkrieges von 1900 antwortete, lange unterschätzt. Das Ancien Régime der fremdstämmigen Mandschus, so die nahezu einhelligen Ansichten der um eigene Legitimation bemühten chinesischen Revolutionäre und Nationalisten und zunächst auch der meisten späteren Historiker, habe dem Fortschritt im Wege gestanden und sein Ende redlich verdient. Inzwischen ist jedoch deutlich geworden, daß die sogenannte Neue Politik (*Xinzheng*) der Jahre nach der Jahrhundertwende bei weitem wichtiger war als Kang Youweis Reformbewegung von 1898, auch wenn sie sich nicht mit dem Namen einer großen intellektuellen Leitfigur verband²⁴. Die Neue

¹⁸ Die von Hong Ren'gan verfaßten oder angeregten Dokumente füllen den größten Teil von *Franz Michael*, *The Taiping Rebellion. History and Documents*, Bd. 3 (Seattle, London 1971). Vgl. auch ebd., Bd. 1 (Seattle, London 1966) 134–168.

¹⁹ Vgl. *Jonathan Ocko*, *Bureaucratic Reform in Provincial China. Ting Jih-ch'ang in Restoration Kiangsu, 1867–1870* (Cambridge, Mass. 1983), daneben immer noch *Mary C. Wright*, *The Last Stand of Chinese Conservatism. The T'ung-chih Restoration, 1862–1874* (Stanford 1957).

²⁰ Vgl. *Jane Kate Leonard*, *Wei Yuan and China's Rediscovery of the Maritime World* (Cambridge, Mass. 1984); *Fred W. Drake*, *China Charts the World: Hsü Chi-yü and His Geography of 1848* (Cambridge, Mass. 1975).

²¹ Vgl. *J. D. Frodsham* (Übers.), *The First Chinese Embassy to the West. The Journals of Kuo Sung-t'ao, Liu Hsi-jung and Chang Te-yi* (Oxford 1974); *André Lévy*, *Nouvelles lettres édifantes et curieuses d'Extrême-Occident par des voyageurs lettrés chinois à la Belle Époque 1866–1906* (Paris 1986); zum Vergleich: *William G. Beasley*, *Japan Encounters the Barbarian. Japanese Travellers in America and Europe* (New Haven, London 1995).

²² Vgl. *Hsiao Kung-chuan*, *A Modern China and a New World. K'ang Yu-wei, Reformer and Utopian, 1858–1927* (Seattle, London 1975) bes. Kap. 7. Eine Enttheroisierung der Reformbewegung unternahm *Luke S. K. Kwong*, *A Mosaic of the Hundred Days. Personalities, Politics and Ideas of 1898* (Cambridge, Mass. 1984).

²³ Vgl. aber z.B. als Studie über die Rezeption westlicher Rechtsvorstellungen: *Marina Svensson*, *The Chinese Conception of Human Rights. The Debate on Human Rights in China, 1898–1945* (Lund 1996).

²⁴ Vgl. *Chuzo Ichiko*, *Political and Institutional Reform*, in: *John K. Fairbank, Denis Twitchett* (Hrsg.), *The Cambridge History of China*, Bd. 11 (Cambridge 1980) 375–415; *Douglas R. Reynolds*, *China, 1898–1912. The Xinzheng Revolution and Japan* (Cambridge, Mass. 1993); *Paula Harrell*, *Sowing the Seeds of Change. Chinese Students, Japanese Teachers, 1895–1905* (Stanford 1992); über den wichtigsten Reformen: *Daniel H. Bays*, *China Enters the Twentieth Century. Chang Chih-tung and the Issues of a New Age, 1895–1909* (Ann Arbor 1978); zur Militärreform: *Ralph L. Powell*, *The Rise of Chinese Military Power, 1894–*

Politik war das Werk einer Gruppe hoher Beamter, die sich von den Ereignissen zu einem ziemlich radikalen Bruch mit der Vergangenheit, auch ihrer eigenen, bewegen ließen. Die machthabende Monarchin, die Kaiserinwitwe Cixi, die noch 1898 einige Mitstreiter Kang Youweis hatte hinrichten lassen, duldeten den Kurswechsel. Europäische und amerikanische Berater spielten keine maßgebenden Rollen.

Innerhalb weniger Jahre wurde vieles erreicht: die geradezu revolutionäre Abschaffung des staatlichen Prüfungswesens, das seit mehr als tausend Jahren den Staatsapparat mit der Lebensplanung der Oberschicht verschweißt hatte; der beginnende Aufbau eines staatlichen Erziehungswesens auf allen Ebenen; die Schaffung einiger moderner Armeeverbände neben den nahezu nutzlosen traditionellen Militärorganisationen; der Aufbau einer modernen Polizei; die Unterdrückung des Opiumanbaus; Ansätze zu einer Vereinheitlichung des chaotischen Währungssystems und zu einer Rationalisierung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben: Für 1911, das dann zum Jahr der Revolution werden sollte, war die Vorlage des ersten Staatsbudgets in der Geschichte Chinas vorgesehen. Ein besonders dramatischer Sprung aus der Tradition war 1906 die Weisung des Hofes, eine Verfassung vorzubereiten, die das Prinzip der Gewaltenteilung kodifizieren sollte: eine unerhörte Neuerung in einer politischen Kultur, in der die Ausübung von kaiserlicher, bürokratischer und subbürokratischer Macht selbstverständlich auf vielen Schultern gelegen hatte, in der jedoch niemand je an die formelle Repräsentation von Interessen gedacht hatte, noch weniger an allgemeine Staatsbürgerrechte oder ein Staatsgrundgesetz. 1908 wurde das erste verfassungsartige Dokument in der Geschichte Chinas vorgelegt²⁵. 1909 traten Provinziallandtage zusammen; 1910 wurde eine Nationalversammlung einberufen. Der Hauptnutznießer dieses elementaren Parlamentarismus war die lokale Oberschicht der Beamtengelehrten, Grundbesitzer und Kaufleute, jene „Gentry“, der der imperiale Staat immer schon die subbürokratische Regelung örtlicher Angelegenheiten überlassen hatte. Extrem vereinfacht gesagt, konnten sich diese Gruppen nunmehr, nachdem sich die Dynastie während des Boxer-Abenteuers außenpolitisch diskreditiert hatte und seitdem einen beunruhigenden Reformeifer an den Tag legte, erstmals ein Leben unter provinzieller Selbstverwaltung und ohne Kaiser vorstellen. Die aktiven Anti-Mandschu-Revolutionäre – Intellektuelle in Exil und Untergrund, quasi-mafiose Geheimgesellschaften und Teile der Neuen Armeen – fanden in der Gentry stillschweigende Verbündete. Nahezu niemand verteidigte daher im Herbst 1911 das Kaiserhaus. Niemand besaß aber auch klare Vorstellungen davon, was an die Stelle des kaiserlichen Systems treten sollte. Die Revolution von 1911 war ein Ende ohne Neuanfang²⁶.

1912 (Princeton 1955); *Stephen R. Mackinnon*, Power and Politics in Late Imperial China. Yuan Shi-kai in Beijing and Tianjin, 1901–1908 (Berkeley 1980).

²⁵ „Prinzipien der Verfassung“ (Xianfa Dagang), englische Übersetzung in: *William L. Tung*, The Political Institutions of Modern China (Den Haag 1964) 318f., künftig zitiert: *Tung*, Political Institutions.

²⁶ Den heutigen Forschungsstand über 1911 und die Folgen diskutiert *Mary Backus Rankin*,

Es ist schwer, der Neuen Politik eines uralten Regimes urteilend gerecht zu werden. Vieles Angebahnte wurde nicht fortgesetzt oder hatte zumindest keine langfristig günstigen Folgen. Währungs- und Finanzreformen blieben ein weiteres Vierteljahrhundert liegen; ab 1917 blühten wieder die Mohnfelder. Die Konstitutionalisierung und Parlamentarisierung Chinas wurde fortgesetzt – eine Republik benötigt gewisse republikanische Einrichtungen –, blieb jedoch oberflächlich und scheinhaft und verdeckte notdürftig die Realitäten von Militärdiktaturen und Einparteiensystemen²⁷. Am nachhaltigsten wirkten die Militärreform und die Abschaffung alter Karriere- und Statussicherheiten durch die Beseitigung des Prüfungssystems im Jahre 1905: Der gering angesehene Militärmandarin wurde durch den Berufsoffizier abgelöst. An die Stelle des sozialen Typus des Beamtengelehrten trat der „moderne“ Intellektuelle²⁸.

Es wäre unangebracht, die Neue Politik insgesamt als gescheitert zu bezeichnen. Daß sie von der traditionell konservativen konfuzianischen Staatsbürokratie selbst initiiert worden war, verbaute den Weg politischer Restauration. Es gab denn auch nach 1911 keinen nennenswerten Mandschu-Loyalismus. Sämtliche sich artikulierenden politischen Kräfte hatten fortan Veränderung auf ihre Fahnen geschrieben. So revolutionierten die Jahre der Xinzheng-Reformen das chinesische Politikverständnis: Die Staatsspitze verlor ihre amtscharismatische Aura, als das Kaisertum erst quasi-konstitutionalisiert und dann abgeschafft wurde. Neben die traditionelle Gemeinwohrrhetorik trat die Idee von Politik als der Vertretung partikularer Interessen; ein neuer Harmonisierungsdruck ging nun von den wahrgenommenen Erfordernissen eines defensiven Nationalismus aus. Dem Aufbau von Institutionen wurde erstmals eine Bedeutung zugemessen, die bis dahin der Ausbildung tugendhaften und kultivierten Menschentums vorbehalten gewesen war. Die westliche Idee, eine gute politische Ordnung werde durch gute Gesetze und Verfahrensregeln verlässlicher gewährleistet als durch moralisch gute Machthaber, fand eine bis dahin unbekannte Resonanz in der chinesischen Kultur.

Zum Erbe der Xinzheng-Reformen gehört eine Enttraditionalisierung des Politikverständnisses in China. Der Bann des Staatskonfuzianismus wurde bereits um diese Zeit – und nicht erst in der berühmten Vierten-Mai-Bewegung von 1919 – gebrochen. Daß 1905 zum ersten Mal die neuartige und in den folgenden Jahrzehnten immer wieder eingesetzte Waffe des Boykotts gegen den ausländischen Handel zur Anwendung kam, ist ein weiteres Anzeichen für normativen Wandel. Man zögert, diese neue, sich erst langsam herausbildende Normen- und Werte-

State and Society in Early Republican Politics, 1912–18, in: *China Quarterly* 150 (Juni 1997) 260–281.

²⁷ Zur Geschichte der politischen Institutionen unter der Republik (1912–1949) vgl. *Tung*, Political Institutions; *Zhao Suisheng*, Power by Design. Constitution-Making in Nationalist China (Honolulu 1996).

²⁸ Vgl. dazu *Jürgen Osterhammel*, Die erste chinesische Kulturrevolution. Intellektuelle in der Neuorientierung (1915–1924), in: *ders.* (Hrsg.), Asien in der Neuzeit. Sieben historische Stationen (Frankfurt a.M. 1994) 125–142, hier 127–130.

welt des Politischen, zu der auch der Nationalismus in seinen verschiedenen Spielarten gehört²⁹, als „europäisch“ zu bezeichnen. Was wäre auch damit gewonnen? Die Xinzheng-Reformen samt ihrem kurzfristigen Ergebnis, der revolutionären Entmachtung der (meisten) Reformer, setzten einerseits das Thema einer umfassenden Modernisierung Chinas auf die Tagesordnung, von der es bis heute nicht verschwunden ist; diese Modernisierung mußte immer dann, wenn es Alternativen gab, nicht notwendig die Form von Verwestlichung oder, enger, Europäisierung annehmen. Andererseits öffnete die Selbstdestruktion des Systems und des kulturellen Kosmos vormoderner Politik, die symbolisch weniger geschickt abgesichert war als die imperiale Restaurationsfiktion der japanischen Meiji-Umwälzung und deshalb zu so etwas wie der vorübergehenden Fragmentierung und Komplexitätsverminderung von Institutionen führte, einen Raum für Problemdefinitionen und Durchsetzungsstrategien, der nahezu beliebig gefüllt werden konnte. Anders gesagt: Der Machtkampf, der im imperialen System eine innere Angelegenheit der Beamtenschaft war, wurde im frühen 20. Jahrhundert externalisiert und dann binnen kurzer Zeit zur Anarchie von Warlordkämpfen und ideologisierten Bürgerkriegen gesteigert. Die KPCh hat ihn dann nach 1949 wieder in einem neuen monokratischen System internalisierend eingefangen und zur Auseinandersetzung der *innerparteilichen* „Linien“ gezähmt – bis Mao Zedong 1966 mit der „Kulturrevolution“ seinen privaten Bürgerkrieg anzettelte. Ebensovienig wie ein handlungsfähiges Kaisertum duldet die Kommunistische Partei bis heute konkurrierende politische Gegenkräfte. Ganz ähnlich hat die Guomindang auf Taiwan bis Mitte der 1980er Jahre ihr Machtmonopol behauptet.

Dieses Weberschiffchen von Konflikthege und Konfliktfreisetzung war kein Imitat europäischer Politik. Es ist ohne das Erbe der zentripetalen bürokratischen Universalmonarchie undenkbar. China hat seit dem Beginn des Taipingaufstandes 1850 politischen Pluralismus nur in der Extremform des Bürgerkrieges kennengelernt – wohlgemerkt: *nicht* des langandauernden Zerfalls der chinesischen Ökumene in Teilstaaten. Alle möglichen politischen Ideen strömten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach China ein und hefteten sich an indigene Interessen und Ideen. Es ist jedoch niemals zu öffentlicher, geregelter und friedlicher Pluralität gekommen. Die Bändigung des Agonalen gelang nur durch die im Bürgerkrieg siegreiche imperiale Parteidiktatur. Die assoziativ-integrative Dimension des europäisch-nordamerikanischen Politikverständnisses ist in China nicht heimisch geworden: Hobbes ohne ein Lockesches Gegengewicht.

²⁹ Zum chinesischen Nationalismus vgl. *Osterhammel*, Shanghai 114–121; sowie die anregenden Betrachtungen in *Prasenjit Duara*, *Rescuing History from the Nation. Questioning Narratives of Modern China* (Chicago, London 1995).

V.

Allgemeine Überlegungen dieser Art werden nicht grundlos an eine Betrachtung der Revolution von 1911 und ihrer Voraussetzungen geknüpft. Für die Zeit der Republik zwischen 1912 und 1949 stößt ein narrativ-interpretierendes Vorgehen auf große Schwierigkeiten. Ein Minimum an Übersichtlichkeit ergibt sich nur von einer höheren Allgemeinheitsebene aus, die es ermöglicht, die verschiedenen Schauplätze gleichzeitigen Geschehens zu überschauen. Dem diktatorisch regierenden zweiten Präsidenten der Republik, Yuan Shikai, einem der maßgebenden Reformer der späten Qing-Zeit, der rechtzeitig das Lager gewechselt hatte, gelang nach 1912 noch einmal die Rezentralisierung des politischen Systems³⁰. Zwischen Yuans Tod 1916 und der Gründung der Volksrepublik 1949 war China dann in schnell wechselnden Mustern territorial zersplittert, von inneren Kriegen zerrissen und zwischen 1931 und 1945 der Aggression Japans ausgesetzt. *Den* chinesischen Staat gab es in dieser Periode nicht. Kaum eines der Jellinekschen Kriterien für europäische Staatlichkeit trifft für diese Phase auf die verschiedenen Herrschaftsgebiete innerhalb der alten Grenzen Chinas zu. Vor allem kann von dem für Jellinek besonders wichtigen Aspekt der Monopolisierung von Herrscher Gewalt durch den Staat nicht die Rede sein³¹. China erlebte vielmehr einen schon in der Taiping-Zeit beginnenden Prozeß der Fundamentalmilitarisierung: Dörfer bewaffneten sich gegeneinander und gegen Räuberbanden; Grundbesitzer legten sich Milizen zu, die oft zu terroristischen Schlägertrupps ausarteten³². Der „warlordism“ der Zeit zwischen etwa 1916 und 1932 erwuchs aus einer bereits tiefdringend militarisierten Gesellschaft. Erst die Regierung der Volksrepublik stellte 1949/50 ein unbeschränktes staatliches Gewaltmonopol wieder her.

In einer Lage, in der nach Auswegen aus der multiplen Krise der chinesischen Nation und Zivilisation gesucht wurde, bezogen sich viele Programmatiker auf westliche Staatsvorstellungen. Einflußreich war zeitweise der Anarchismus, der, eher am friedlichen Kropotkin als am gewalttätigen Bakunin orientiert, fast ganz ohne Staatsgewalt auszukommen hoffte³³. Ein Liberalismus, wie er nach etwa 1915 unter dem Eindruck des amerikanischen Pragmatismus John Deweys entstand, ließ sich recht gut in die Tradition einer konfuzianischen Auffassung vom Menschen stellen (die er mit kulturrevolutionärem Gestus ablehnte), betonte doch

³⁰ *Ernest P. Young*, *The Presidency of Yuan Shih-k'ai. Liberalism and Dictatorship in Early Republican China* (Ann Arbor 1977).

³¹ Max Weber konnte hier an Jellinek anknüpfen: *Gangolf Hübinger*, *Staatstheorie und Politik als Wissenschaft im Kaiserreich*. Georg Jellinek, Otto Hintze, Max Weber, in: *Hans Maier* u. a. (Hrsg.), *Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag* (Stuttgart 1988) 149 f.

³² Vgl. *Philip Kuhn*, *Rebellion and Its Enemies in Late Imperial China. Militarization and Social Structure, 1796–1864* (Cambridge, Mass. 1970); *Elizabeth J. Perry*, *Rebels and Revolutionaries in North China, 1845–1945* (Stanford 1980); *Phil Billingsley*, *Bandits in Republican China* (Stanford 1988).

³³ Vgl. *Peter Zarrow*, *Anarchism and Chinese Political Culture* (New York 1990); *Arif Dirlik*, *Anarchism in the Chinese Revolution* (Berkeley 1991).

auch er die Erziehbarkeit der Einzelnen zum tugendhaften und damit politisch richtigen Handeln. Der chinesische Liberalismus, ein nahezu reiner Professorenliberalismus, hat die Frage des Aufbaus freiheitssichernder Institutionen zu seinem eigenen Schaden vernachlässigt. Noch nicht einmal seine Selbstorganisation als Partei wollte gelingen. Nur eine Minderheit unter den Liberalen erkannte die Bedeutung rechtlicher Freiheitsverbürgung. Rechtsstaat und Menschenrechte haben in China außerhalb der kolonialen Enklaven zu wenige energische Fürsprecher gefunden.

Sun Yatsen, der Führer der nationalen Revolution erst gegen die Mandschus und dann gegen die Militärmachthaber, erklärte zwar, die Gewaltenteilung europäischen Musters gehe noch nicht weit genug, und fügte den klassischen drei Gewalten eine examinierende und eine kontrollierende Gewalt hinzu: direkte Anleihen bei den kaiserzeitlichen Organen des Prüfungssystems und des Zensorats. Als 1928, drei Jahre nach Sun Yatsens Tod, die von ihm gegründete Partei, die Guomindang, in Nanjing eine Nationalregierung errichtete, setzte man die „Fünf-Gewalten-Verfassung“ in die Praxis um³⁴. Da das Nanjing-Regime jedoch in Wirklichkeit eine durch eine Einheitspartei gestützte und nur konstitutionell verbrämte Militärdiktatur General Chiang Kai-sheks war, blieb eine effektive Gewaltenteilung aus. Einer starken Exekutive vermochte kein anderes Staatsorgan zu widerstehen. Ohnehin hatte in Sun Yatsens eigener politischer Theorie der konstitutionelle Gleichgewichtsgedanke im Widerspruch zu einer realitätsnäheren Idee gestanden: China sei noch nicht reif für die Demokratie und bedürfe noch auf längere Sicht einer stufenweise zu lockernden „Vormundschaft“ von Partei und Staat, kurz: einer auf wahre parlamentarische Verhältnisse vorbereitenden Erziehungsdiktatur³⁵. Von diesem Prinzip ist die Guomindang während ihrer gesamten Herrschaft auf dem Kontinent nicht abgerückt.

Das einzige europäische politische Modell, das einen wirklichen tiefen Einfluss auf die chinesischen Realitäten ausübte, war das der leninistischen Kaderpartei. Es gelangte nicht durch Texte nach China, sondern durch massive revolutionäre Entwicklungshilfe. Die organisatorische und dann erst auch die theoretische Einführung des Bolschewismus nach China war der mit Abstand wichtigste Fall von Infusion politischen Wissens aus Europa. Zwischen dem April 1920, als die erste Komintern-Delegation in Peking erschien, und dem Dezember 1927, als während der Unterdrückung der sogenannten „Kanton-Kommune“ die letzten Sowjetvertreter aus China vertrieben wurden, gelang Teams der Komintern und der Roten Armee *erstens* die Gründung der KP Chinas und ihre Organisation als leninistische Kaderpartei, *zweitens* die Umwandlung von Sun Yatsens Guomindang – seit

1923 mit der KP in einer Einheitsfront verbunden – von einem lockeren Klub der Sun-Anhänger in eine straff hierarchisch geordnete Institution, die einer Kaderpartei zumindest nahekam, und *drittens* Aufbau, Schulung und Bewaffnung einer militärischen Elitetruppe, die sich während Chiang Kai-sheks „Nordfeldzug“ 1926–28 den Massenheeren der Kriegsherren überlegen zeigen sollte³⁶. Als sich die Guomindang 1927 in einem blutigen Putsch von ihren kommunistischen Verbündeten und sowjetischen Beratern trennte, waren Partei und Armee selbständig lebensfähig³⁷.

Auch die KPCh emanzipierte sich allmählich von ihren sowjetischen Mentoren. Sie machte Mitte der zwanziger Jahre eigene Erfahrungen mit der Mobilisierung der städtischen Arbeiterschaft und sah sich in den dreißiger Jahren, ins Innere Chinas vertrieben, vor der Notwendigkeit, originäre Strategien des Überlebens und der Machterweiterung zu finden. Hier liegt der historische Ort Mao Zedongs. Die Komintern hatte den chinesischen Kommunisten nicht beigebracht, wie man einen Staat aufbaut und regiert. Zwischen 1931 und 1934 gab es in Zentralchina, nach dem Langen Marsch 1936 bis 1945 dann in Nordchina kommunistische Staatlichkeit unter Bedingungen militärischer Belagerung, erst durch Chiang Kai-sheks Armeen, dann durch die Japaner. Europäischen Staatsmodellen verdanken diese ersten kommunistischen Experimente mit territorialer Herrschaft wenig. Der „europäische Staat“ ist nicht bis Ruijin oder Yan'an, den beiden Hauptstädten der KP-Basisgebiete, vorgedrungen.

Deutlichere europäische Spuren findet man im Herrschaftsgebiet der Nanjing-Regierung zwischen 1928 und 1937, dem Jahr, als der Krieg mit Japan begann. Die Staatspartei Guomindang verlor viel von der gezielten Schlagkraft, die ihr die sowjetischen Berufsrevolutionäre verliehen hatten. Cliques, Klientelnetze und personalisierte Führer-Gefolgschaftsverhältnisse – all dies auch traditionelle chinesische Vergesellschaftungsweisen – breiteten sich im zivilen wie im militärischen Sektor aus³⁸. Daneben nahm die Guomindang aber auch die Aufforderung ihres Gründers ernst, staatliche Institutionen aufzubauen.

³⁶ Vgl. C. Martin Wilbur, *Julie Lien-ying How, Missionaries of Revolution. Soviet Advisers and Nationalist China, 1920–1927* (Cambridge, Mass. 1989); *Kuo Heng-yü* u.a. (Hrsg.), *RKP(B), Komintern und die national-revolutionäre Bewegung in China. Dokumente*, Bd. 1: 1920–1925 (Paderborn 1996); *Dieter Heinzig, Sowjetische Militärberater bei der Kuomintang 1923–1927* (Baden-Baden 1978); *Arif Dirlik, The Origins of Chinese Communism* (New York, Oxford 1989). Die indigenen Ursprünge des chinesischen Kommunismus werden jetzt wieder stärker betont bei *Yeh Wen-hsin, Provincial Passages. Culture, Space, and the Origins of Chinese Communism* (Berkeley 1996).

³⁷ Das Erbe der gemeinsamen Komintern-Erfahrung blieb weit über den Bruch zwischen Guomindang und KPCh im Jahre 1927 hinaus, ja, bis in die jüngste Vergangenheit wirksam: „The two parties, although they became rivals for mastery of China and had sharply contrasting ideologies, did not represent a clear-cut rivalry of competing political forms. Constitutional democracy was never realized at the level of popular elections, multiparty politics, or representative legislatures.“ *Gilbert Rozman* u.a., *The Modernization of China* (New York, London 1981) 272.

³⁸ Vgl. *Tien Hung-mao, Government and Politics in Kuomintang China, 1927–1937* (Stanford 1972); *Lloyd E. Eastman, The Abortive Revolution. China under Nationalist Rule,*

³⁴ *Tung*, Political Institutions 118–148.

³⁵ Vgl. die vorzügliche Interpretation der Lehre Sun Yatsens bei *Marie-Claire Bergère, Sun Yat-sen* (Paris 1994) 400–450, bes. 430. Zu den Diskussionen im Kreis um Sun Yatsen vgl. *Michael Gasster, Chinese Intellectuals and the Revolution of 1911* (Seattle, London 1969); *Robert A. Scalapino, George T. Yu, Modern China and Its Revolutionary Process. Recurrent Challenges to the Traditional Order. 1850–1920* (Berkeley, Los Angeles, London 1985) 67–211.

Über die Entwicklung des Staates im China des 20. Jahrhunderts weiß man bislang wenig. Was geschah mit der kaiserlichen Bürokratie nach der Abschaffung des Prüfungssystems 1905 und dem Verschwinden der Reichsverwaltung 1911? Was wurde aus den administrativen Organisationen, was aus den einzelnen Beamten? Die Forschung kann darüber kaum Auskunft geben³⁹. Soviel aber läßt sich sagen: Zwischen 1912 und 1916 unter Yuan Shikai, mit wesentlich geringerem Nachdruck unter einigen der auf ihn folgenden schwachen Regierungen der Warlords und verstärkt dann zwischen 1928 und 1937 unter Chiang Kai-shek und der Guomindang wurden Versuche zur Rationalisierung der Staatsverwaltung unternommen: Wiederbelebung von Aufnahmeprüfungen, Fachtraining von Beamten, leistungsorientierte Beförderungen, usw. Ein Erfolg war das Entstehen eines jungen Diplomatenkörpers, das bereits auf der Versailler Friedenskonferenz geschickt zu agieren verstand. Vor allem während der Nanjing-Dekade setzte sich eine ausgesprochene technokratische Ausrichtung durch. Industrialisierung wurde als eine Aufgabe des Staates gesehen, der mit Hilfe deutscher Militärberater einen militärindustriellen Komplex in Zentralchina aufzubauen versuchte. In der Absicht, eine staatliche Wirtschaftskontrolle einzuführen, studierte man alle erdenklichen Modelle wirtschaftspolitischer Intervention: von Roosevelts New Deal über den faschistischen Korporatismus bis zu den sowjetischen Fünfjahrplänen⁴⁰. Trotz eines quantitativen Wachstums der Bürokratie und möglicherweise auch einer Verbesserung ihrer Leistungen war der zentrale Staatsapparat der Guomindang vor 1937 bzw. 1949 kein „starker“ Staat wie der gleichzeitige japanische und der chinesische nach 1949. Vor allem war seine fiskalische Grundlage außerordentlich fragil, vermutlich sogar schwächer als die des spätkaiserlichen Staates, seit die Nanjing-Regierung 1928 die wichtigste direkte Steuer, die Grundsteuer, den Provinzen überlassen hatte⁴¹. Jedes der zahlreichen Regimes in China zwischen 1912 und 1949 quetschte die Bevölkerung erbarmungslos aus, wenn es punktuelle militärische Gewalt über sie erlangte. Keines wurde zu einem strukturell stabilen Steuerstaat, der mit zivilen Mitteln und auf berechenbarer Basis gesellschaftlichen Reichtum an sich zu ziehen vermochte. Die einzelnen Bürokratisierungsprozesse auf zentralstaatlicher Ebene summierten sich nicht zu kohärentem „state-building“. Auch mißlang die von nahezu allen Herrschern Chinas, zuletzt mit großem Erfolg von der KPCh während des Krieges, geförderte Verankerung einer Dienstethik. Die Guomindang-Bürokratie nach 1937 war berüchtigt für Arroganz und Korruption.

Tritt man schließlich einen Schritt zurück und fragt nach langfristigen Prozessen, die sich unterhalb der hohen Politik mit ihren raschen Regimewechseln und

ihrer Ideologisierung zutragen, so wird man selbst in einer Zeit von Krieg und Bürgerkrieg eine kontinuierliche und von niemandem geplante Expansion der Staatstätigkeit in China beobachten⁴². Der kaiserliche Staat hatte das Riesenreich horizontal integrieren können, drang aber vertikal nicht sehr tief in die Gesellschaft ein. Der rangniederste Vertreter der bürokratischen Hierarchie, so etwas wie ein „Landrat“, konnte für bis zu 200 000 Untertanen zuständig sein. Für Ordnung und Steuerzucht war der kaiserliche Staat auf die Mitarbeit der „Gentry“ angewiesen, jener Klasse, aus der sich die Beamten vorwiegend rekrutierten. Spätestens 1911 zerbrach diese Allianz zwischen Zentralstaat und Lokalelite⁴³. Fortan standen die Ansprüche von Beamtenregierung (*guan'zhi*) und Selbstregierung (*zizhi*) in einem unauflösbaren Konflikt. 1911 war kurz die Utopie lokaler Selbstregierung aufgeschieden. Der Diktator Yuan Shikai zerstörte 1914 diesen Traum. Auch die Bauernschaft leistete dagegen Widerstand; sie fürchtete, ohne den Schutz des Zentralstaates den lokalen Magnaten ausgeliefert zu sein. Die lokalen Verwaltungsfunktionen der Honoratiorenfamilien verloren in dem Maße an Bedeutung, in dem der Staatsapparat auf eine tiefere Ebene als die des Landkreises vordrang. Dieser unscheinbare Prozeß begann 1908 mit der Einführung des Bezirks als niedrigster Verwaltungseinheit. Fortan saßen auch in Kleinstädten von oben ernannte Beamte, mit denen die gebildete Honoratiorenelite oft kaum noch kulturelle Gemeinsamkeiten fand. All dies trug zur Schwächung und Delegitimation der Lokalelite bei, und auch deshalb hatte die kommunistische Bauernrevolution später in den vierziger Jahren oft leichtes Spiel. Neben der Zivilverwaltung breitete sich erstmals in der chinesischen Geschichte auch eine Polizei in Städten und Dörfern aus; ihre Aufgaben waren traditionell von einem System der Sippenhaft, dem Baojia-System, erfüllt worden. Die neuen Repräsentanten des Staates am Boden der Gesellschaft waren oft unfähig und korrupt. In den Städten paktierten sie oft ungeniert mit dem organisierten Verbrechen, in den Dörfern konnten sie zu den von der kommunistischen Propaganda effektiv angeprangerten Lokaltyrannen werden.

Dennoch: Nimmt man die außerordentliche Militarisierung der gesamten chinesischen Gesellschaft während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hinzu, dann ergibt sich eine beispiellose Vervielfältigung der Chancen des durchschnittlichen Chinesen, mit zivilen und militärischen Vertretern des Staates in Kontakt und Berührung zu kommen. Diese Expansion staatlicher Präsenz machte ausgerechnet in einer tumultuarischen Periode von Bürgerkrieg und Krieg große Fortschritte. Als die KPCh vor und nach ihrer offiziellen Machtübernahme im Oktober 1949 in kür-

1927–1937 (Cambridge, Mass. 1974); Jürgen Domes, *Vertagte Revolution. Die Politik der Kuomintang in China 1923–1937* (Berlin 1969).

³⁹ Vgl. als Übersicht über den Forschungsstand: Julia C. Strauss, *The Evolution of Republican Government*, in: *China Quarterly* 150 (Juni 1997) 329–51.

⁴⁰ Vgl. William C. Kirby, *Germany and Republican China* (Stanford 1984) Kap. 4 und 7.

⁴¹ Zur Finanzgeschichte vgl. Arthur N. Young, *China's Nation-Building Effort. The Financial and Economic Record, 1927–1937* (Stanford 1971).

⁴² Vgl. ausführlicher Osterhammel, Shanghai 150–160. Eine wichtige Anregung zu dieser Analyse kommt von Prasenjit Duara, *Culture, Power, and the State. Rural North China, 1900–1942* (Stanford 1988). Zum wenig erforschten Thema der Geschichte der Polizei in China: Michael R. Dutton, *Policing and Punishment in China. From Patriarchy to „the People“* (Cambridge 1992).

⁴³ Grundlegend zur Geschichte der Lokalelite/„Gentry“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert: Joseph W. Esherick, Mary Backus Rankin (Hrsg.), *Chinese Local Elites and Patterns of Dominance* (Berkeley 1990).

zester Zeit einen landesweit handlungsfähigen starken Staatsapparat aufbaute, mußte sie ihn nicht völlig aus dem Nichts schaffen⁴⁴. Gewisse Strukturen fand sie bereits vor. Mit der Übertragung oder Kopie europäischer Modelle hat dies nichts zu tun. Auch die Übernahme sowjetischer Organisationspläne erfolgte erst, nachdem die Staatsautorität im wesentlichen bereits wiederhergestellt war.

⁴⁴ Zur Rekonstruktion des chinesischen Staatsapparates nach 1949 vgl. *Frederick C. Teiwes*, Establishment and Consolidation of the New Regime, in: *ders.* (Hrsg.), The Cambridge History of China, Bd. 14 (Cambridge 1987) 51–143; *Harry Harding*, Organizing China. The Problem of Bureaucracy, 1949–1976 (Stanford 1981).